

GASTKOMMENTAR

Die rechte Versuchung der CDU

MATTHIAS ZIMMER



Die CDU ist seit den Wahlen 2005 im Bund Regierungspartei und stellt mit Angela Merkel die Kanzlerin. Es waren Jahre unterschiedlicher Krisen, aber auch extrem erfolgreiche Jahre. Das ist nicht unwesentlich der CDU zu verdanken, die es geschafft hat, sich als moderne, dem gesellschaftlichen Wandel aufgeschlossene Partei der Mitte immer wieder neu zu erfinden und zu positionieren. Und doch, in der Regierungspartei CDU spürt man eine unterschwellig schlechte Stimmung, eine Stimmung der Larmoyanz und des Überdrusses, als sei der Erfolg als Regierungspartei dadurch erkaufte worden, dass man die Seele der Partei dafür verkauft habe.

Der dazugehörige Kampfbegriff lautet „Merkelismus“. Damit wird alles bezeichnet, was angeblich nicht der Seele der CDU entspricht: Sozialdemokratisierung der CDU (schon unter Helmut Kohl ein Thema), Überhandnehmen des Sozialstaats, Staatsversagen, Kontrollverlust, Verlust des Nationalen. Anlässe gab es einige, alle komplexer als es der gemeine Populismus wahrhaben will, viele auch der jeweiligen Koalitionsrason geschuldet. Koalitionsrason ist eine Quelle des Missbehagens, der schnelle gesellschaftliche Wandel, der nicht zuletzt auch durch technologischen Wandel massiv beschleunigt wurde, ist eine Zweite. Die liberale Idee der Entfesselung des technologischen Fortschritts, des Wachstums und der Wertschätzung von Märkten kollidiert hier mit der konservativen Idee des Bewahrens. Der Liberale höhlt die Bedingungen der Möglichkeit des Konservativen aus. Was aber die Neoliberalen in der CDU nicht davon abhält, ein enges Bündnis mit konservativen Kräften zu suchen. Beides passt nicht zusammen.

Ähnliches gilt für die mittlerweile populär gewordene Forderung, die CDU müsse ihre konservativen Wurzeln pflegen. Die CDU soll konservative Wurzeln haben? Schwerlich. An welche Form des Konservatismus soll denn 1945 angeknüpft worden sein? An welche in den 50er- und 60er-Jahren? Die erste programmatische Aussage der CDU, die diesen Begriff enthält, stammt von 1978. Und „konservativ“ ist selbst kein Wert, sondern doch wohl eher eine Haltung zu Werten, Institutionen, zu Überkommenem und zu Kommemdem. Dass mittlerweile gerade junge Menschen in der CDU das „Konservative“ bis zur Karikatur zelebrieren, scheint eher eine späte Rache an der Generation der Alt- und Spätachtundsechziger als eine gelungene Identität, die repräsentativ für eine Generation wäre.

Schließlich, auch nicht untypisch für die Gesamtlage, eine massive Stimmungsmache gegen alles Sozialstaatliche, gegen die Regulierungen der Sozialen Marktwirtschaft, die die Menschen, vor allem die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, schützen sollen, immerhin die größte Wählergruppe auch der CDU. Der Staat als Anwalt der Schwachen? Dafür schwindet das Verständnis, es geht doch um Freiheit! Dass es aber im Verhältnis von Armen und Reichen die Freiheit ist, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit: Diese Erkenntnis Jean Lacordaires ist manchem Zeitgenossen in der CDU nicht mehr präsent.

All diese Stimmungen, die diffuse Unzufriedenheit, haben ihre Projektionsfläche mit Friedrich Merz gefunden. Merz inszeniert sich als jemand, der von den Irrungen und Wirrungen der Merkel-Ära völlig unbelastet ist. Dabei geht es vordergründig um den Versuch, Wähler des rechten Rands wieder für die Union zu gewinnen, im Glauben, dies seien alles enttäuschte Unionswähler. Allerdings: Jeder Wähler, den die CDU durch einen Ruck nach rechts gewinnt, kostet in der politischen Mitte ein Vielfaches an Wählern. Das haben die Wahlen am 14. März gezeigt. Längst schon ist die deutsche Tea-Party-Bewegung in die CDU hinein geschwappt. Vor allem die sogenannte Werteunion ist nichts anderes als ein U-Boot der AfD. Man kann mit Sicherheit annehmen, dass diese längst mit der AfD im Gespräch ist, um Schnittmengen auszuloten.

Die CDU erlebt augenblicklich die Verlockungen rechter Politik. Mit der Wahl von Armin Laschet zum Parteivorsitzenden ist die Situation vorläufig befriedet. Strategisch kommt es darauf an, die Brandmauer gegen rechts zu halten und gleichzeitig die Regierungsfähigkeit der CDU zu erhalten, um das Land vor einer linken Mehrheit zu schützen. Das aber erfordert immer wieder den politischen Kompromiss und weniger die Schönheit reiner Lehre. Die können sich nur Oppositionsparteien leisten. Was die reine Lehre ist, ist in der CDU zudem strittig. Eine Volkspartei hat viele Facetten. Die rechte Versuchung wäre aber ein Abschied von der Volkspartei CDU.

■ Matthias Zimmer ist Politikwissenschaftler und sitzt seit zwölf Jahren für die CDU im Deutschen Bundestag.

ESSAY



Bundeskanzlerin Angela Merkel und Gesundheitsminister Jens Spahn operieren in der Corona-Krise nach dem Prinzip Glaube, Liebe, Hoffnung

Der Habsburger-Mythos

Die Pandemie hat aufgedeckt, wie sehr sich Politik und Öffentlichkeit gegenseitig auf die Schulter klopfen. So wird ein Gemeinwesen innen morsch, wie das Beispiel des Habsburger-Reichs zeigt

STEPHAN-GÖTZ RICHTER



Der italienische Schriftsteller Claudio Magris schrieb in den frühen 1960er-Jahren seine Doktorarbeit über den „habsburgischen Mythos“ in der österreichischen Literatur. Er konnte damals nicht ahnen, wie gut seine Analyse auf das politische Gebilde der Bundesrepublik Deutschland von heute passen würde. Der Habsburger-Mythos beruht Magris zufolge auf drei verschiedenen Quellen: erstens dem Hang zum defensiven Hinausschieben von Konflikten, zweitens einem ausgeprägten Bürokratismus und drittens dem Hedonismus eines guten Teils der Bevölkerung.

Aus alledem ergibt sich das Bild einer neudeutschen Nachlässigkeit, die so gar nicht zur internationalen Wahrnehmung von uns Deutschen passt. Der zufolge handeln wir ja politisch hochrational und vor allem verwaltungstechnisch immer hocheffizient. In den Niederungen der bundesdeutschen Realität haben wir es, von heldenhaften, aber hohlen Bekundungen der Entschlossenheit abgesehen, mit erstaunlichen Formen von Leichtsinn, Unverantwortlichkeit, Statusdünkel, Selbstverliebtheit und Eskapismus zu tun.

Berufsbedingt lieben Politiker Krisen. Sie geben ihnen die perfekte Gelegenheit, sich tatkräftig in Szene zu setzen. Allerdings sind sie zugleich um ihre Popularität besorgt. Daher schauen sie vor der Verkündung von Entscheidungen dem Volk intensiv aufs Maul. Auf dieser Basis machen sie im Wechselrhythmus entweder strikte oder entspannende Verhaltensgebote, je nachdem, wie groß das Bedürfnis der Mehrheit des Volkes nach Sicherheit verleihernder Strenge gerade ist. Eine Strategie ist das nicht.

Ein konkretes Beispiel für diese Vorgehensweise war der Dezember-Lockdown, der als besonders hart verkündet wurde. In Wirklichkeit handelte es sich damals wohl eher um die Operettenversion eines Lockdowns. Operette auch deshalb, weil sich die Politik den langen Sommer über in der Bekundung von kulturellen Überlegenheitsgefühlen hervorgetan hatte. A la: Wie gut haben wir als Nation die Epidemie (das heißt die erste Welle) im Vergleich zu unseren EU-Partnern bewältigt. Unter solch selbstglorifizierenden Vorzeichen wurde die eigentliche Aufgabe versäumt, die Verwaltung, die Schulen und das Land mit Hochdruck auf das schon damals klare bevorstehende der zweiten Welle vorzubereiten. Von wegen Vorsicht ist die Mutter der deutschen Porzellankiste.

Was der Verlauf der Pandemie bis hin zum aktuellen Impfstoffdesaster indes schonungslos aufdeckt, ist, wie sehr sich Staat und politische Öffentlichkeit in unserem Land in den letzten 15 Jahren gegenseitig auf die Schulter geklopft haben. Dafür trägt dann niemand mehr Verantwortung. So wird etwa gerne davon gesprochen, dass unsere Gesundheitsämter „überlastet“ sind. Das wäre für Jens Spahn, den nach eigenen Bezeugungen innovationsorientierten Bundesgesundheitsminister, eigentlich die perfekte

Gelegenheit gewesen, in Wahrnehmung der Koordinationsfunktion des Bundes frühzeitig zu intervenieren.

Zum Beispiel hätte er mittels eines an einem Wochenende veranstalteten Hackathons für die Gesundheitsämter einen effizient gestalteten, bundesweit anwendbaren Online-Mechanismus zur Nachverfolgung entwickeln lassen können. Das hätte die jüngere Generation von Programmierern in unserem Land gewiss nachhaltig motiviert.

Stattdessen operieren Merkel, Altmaier und Spahn auf dem Prinzip Glaube, Liebe, Hoffnung. Aber auch Olaf Scholz hat die Pandemie vor allem dazu genutzt, sich häufig PR-trächtig in Szene zu setzen. Allerdings mehr als sozialdemokratischer Säusler und freigeberiger Herr aller Staatskassen denn im Einklang mit dem „Macher“-Image eines Finanzministers. Jenseits aller heroischen „Wumms“-Ankündigungen ist Scholz' tatsächliche Performance bisher eher mau gewesen.

Weite Teile der Verwaltung haben sich mit dem laxen Aktionismus der Politik gekonnt arrangiert. Die Versprechen der Politik bleiben ja meist nur sehr allgemein und unspezifisch. So galt zum Beispiel in puncto Durchsetzung von Quarantäneanordnungen nach internationalen Reisen bequemerweise das Prinzip der Selbstverantwortung. Wer das Menschen erzählt, die in asiatischen Ländern unseres wirtschaftlichen Entwicklungsstandes leben, dann fragen die schlicht, wozu wir dann überhaupt noch eine Verwaltung haben.

Zur Nachlässigkeit der Verwaltung verleitet auch das interministeriell bevorzugte Geschäftsmodell der Berliner Republik. Dieses hat dazu geführt, dass Koordinations- und Planungsarbeiten – also das eigentliche Stammgebiet der Bundesbürokratie – wegen eigener „Arbeitsüberlastung“ zunehmend privaten Beratungsfirmen übertragen werden, und zwar vorzugsweise für Budgets mindestens im zweistelligen Millionenbereich. Dass man sich durch damit verbundene, freihändige Auftragsvergaben die Türen für eigene lukrative „Nachverwendungen“ eröffnet, wenn die ministerielle oder ministeriale Karriere ausgereizt ist, liegt auf der Hand.

Das Einzige, was bei der Pandemiearbeit Spahns „funktioniert“ hat, war die PR-Kampagne. Schön, wenn – getreu des Geschäftsmodells der Berliner Republik – wenigstens die von Ministerien beauftragten Agenturen ordentlich verdienen. Zielführend ist das nicht. Der eigentliche Skandal besteht freilich in der Nonchalance, mit der die von der Verwaltung selbst zu verantwortenden Passivitäts- und Nichtstunskandale geflissentlich unter den Teppich gekehrt werden. Das gilt zum Beispiel für die Digitalisierung der Verwaltung oder der Schulen. Fünfzehn merkelsche Jahre von hehren Wahlkampfversprechungen – und geschehen ist bei diesen elementaren Themen so gut wie nichts.

Auch dass so viele Alters- und Pflegeheimen mangels WLAN nach wie vor technologisch

vorsintflutlich ausgestattet und somit auch jenseits des Virus von der Außenwelt abgeschlossen sind, hat bis heute noch keinen erkennbaren Aktionsgeist ausgelöst. Nach dem Motto: Warum lange überfällige Reformen umsetzen, wenn man auf den „Föderalismus“ als Hemmnis verweisen kann? Und dennoch gaulen Politik und Verwaltung auf rein rhetorischer Ebene eine allumfassende Kompetenz vor, die kaum von einem hohlen Hyperoptimismus zu unterscheiden ist.

Keine Frage: Ein großer Teil der Bevölkerung verhält sich vernünftig. Klar ist aber auch, dass es nicht der Politik bedarf, um auf diesen einzuwirken. Deren Kernaufgabe besteht ja darin, auf den Teil der Bevölkerung einzuwirken, der sich nicht an die Verhaltensmaßregeln hält und sich gerne figurativ taub gibt oder auf einmal vorgibt, die „Freiheit“ besonders zu lieben.

Wenn wir ehrlich mit uns wären, müssten wir uns eingestehen, dass wir in unserem Gemeinwesen weniger diszipliniert agieren als viele andere Nationen. Dafür geben wir Deutsche uns weiter als Weltenretter bei den großen Themen wie dem Klimawandel, Ungerechtigkeit und Rassendiskriminierung. Dass unter solch großsprecherischen Vorzeichen das täglich erforderliche Mikromanagement im staatlichen und halb staatlichen Bereich vernachlässigt wird, welches ja erst den Spielraum für die „großen Themen“ verschaffen kann, liegt auf der Hand.

So stolpern wir als Nation – im Einklang von Politik und Verwaltung – munter von einer unbewältigten „Reform“ in die nächste. Wir machen eine Energiewende, die seit mindestens einem Jahrzehnt suboptimal verläuft. Wir schaffen ein Mautsystem, das Milliarden kostet, rechtswidrig ist und nicht funktioniert. Wir reden und reden. Aber die Politik ist eifrig bestrebt, all diese Missstände wegzudrücken und das Publikum mit den großen Gesinnungsthemen immer weiter abzulenken.

Wenn die Pandemie eines deutlich gemacht hat, dann dies: Das oben beschriebene, habsburgisch-pompöse Verhalten irritiert die Menschen in Deutschland mittlerweile doch, obwohl sie sich eigentlich schon gut an die Show gewöhnt hatten. Sie spüren, dass zu viel an Verantwortlichkeit bequem unter den Teppich gekehrt wird. Die Corona-Pandemie stellt den wohl größten Zielkonflikt der Politik seit dem Zweiten Weltkrieg dar. Diese ist eine Chance. Aber wenn wir diese Herausforderung jetzt nicht entschlossen nutzen, um umzusteuern, werden wir – so wie das Habsburger-Reich – innen immer morsch, je großspüriger das Theater seinen Lauf nimmt. Um dies zu verhindern, müssen wir grundlegend umdenken und auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft sehr viel mehr Verantwortungsdenken an den Tag legen. Nicht der gute Wille oder das Bemühen zählen, sondern einzig echte Resultate.

■ Stephan-Götz Richter ist Direktor der Online-Denkfabrik Global Ideas Center und Herausgeber von www.TheGlobalist.com.

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985 ')

Herausgeber: Stefan Aust
Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
Stellvertreter des Chefredakteurs:
Oliver Michalsky, Arne Teetz
Chefredakteure in der Welt-Gruppe:
Johannes Boie, Dagmar Rosenfeld
Stv. Chefredakteur: Robin Alexander

Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
Chefredakteur: Torsten Krauel
Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
Leitung Editionsteam: Christian Gaertner,
Stv. Philip Jürgens, Lars Winckler
Creative Director: Cornelius Tittel
Artredaktion: Juliane Schwarzenberg,
Stv. Katja Fischer

Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Lars Schroeder, Dr. Jacques Schuster
Forum: Eva Marie Kogel, Lucas Wiegmann, Stv. Rainer Haubrich
Investigation/Reportage: Manuel Bewarder, Anette Doweidit
Außenpolitik: Klaus Geiger
Wirtschaft/Finanzen: Jan Dams, Olaf Gersemann, Stv. Dietmar Deffner, Nando Sommerfeldt, Thomas Exner (Senior Editor)
Feuilleton: Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder, Stv. Hannah

Lühmann
Literarische Welt: Dr. Mara Delius
Literarischer Korrespondent: Richard Kämmerlings
Stil/Reise: Adriano Sack, Stv. Sönke Krüger, Inga Griese (Senior Editor)
Sport: Matthias Brügelmann
Wissen: Dr. Pia Heinemann
Regionalredaktion Hamburg: Jörn Lauterbach
Nachrichten/Gesellschaft: Thore Barfuss
Community/Social: Franziska Zimmerer
WELTplus: Sebastian Lange
Video: Martin Heller

CvD Produktion: Patricia Plate
Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne
Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm
Chefredakteur Außenpolitik: Dr. Sascha Lehmann, Dr. Clemens Wergin
Chefökonomin: Dr. Dorothea Siems
Korrespondenten Politik/Gesellschaft: Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger
Chefredakteur Feuilleton: Dr. Jan Kiveler
Chefredakteur

Wissenschaft: Dr. Norbert Lössau
Chefredakteur: Stefan Frommann
Chefredakteur Wissenschaft: Axel Bojanowski
Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff
Ständige Mitarbeit: Prof. Michael Stürmer
Autoren: Henryk M. Broder, Dr. Susanne Gaschke, Peter Huth, Alan Posener, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zippert

Auslandskorrespondenten: Brüssel: Dr. Tobias Kaiser, Dr. Christoph Schiltz
Budapest: Boris Kalnoky
Istanbul: Deniz Yücel
Kapstadt: Christian Putsch
London: Stefanie Bolzen, Thomas Kielinger
Marrakesch: Alfred Hackensberger
Moskau: Pavel Lokshin
New York: Hannes Stein
Paris: Martina Meister
Warschau: Philip Fritz
Washington: Steffen Schwarzkopf, Dr. Daniel Friedrich Sturm